

## Wie es früher war

Liebe Krummesser, in Nr. 9 dieses Blattes hieß es zum Schluß, daß es wegen Mölln und Bergedorf zu harten Kämpfen kam; der neue Herzog aber auch um Krummesse einen Streit vom Zaun brach.

Es wird so um 1397 gewesen sein, als Herzog Erich IV. einfach behauptete, daß die Bürger Kriepin und Darsow nicht wie ehemals die ritterbürtigen Krummesses Heeresfolge leisten könnten, so sei von ihnen die Vorbedingung für den Lehnsbesitz der Burg auch nicht erfüllt - eine frühmittelalterlich konstruierte Anschauung, für die er aber den Kaiser Sigismund zu gewinnen wußte, der selbst in Lehnsachen stark überstülpten Anschauungen huldigte (wie die Verachnung des von seinem klugen Vater Karl IV.

erworbenen Brandenburg darstellte). Als Lübeck aber nicht nachgab, verhängte er sogar vom Konstanz-er Konzil aus die Reichsacht über die erwürdige Hansestadt.

Aber die nüchternen Kaufleute der Hanse beachteten diese bloße Gebärde vergangener politischer Anschauungen so wenig, daß sie in der damals geächteten Stadt sich zu einem Hansestag zusammen fanden; ja Erich IV. unterwarf sich sogar dem Schiedespruch dieser eigentlich illegalen Versammlung: er erhielt ganze 300 Merk und dazu das inzwischen gekaufte Dorf Stubben. Dafür bestätigte er den vollzogenen Besitzwechsel in Krummesse.

Zwischenzeitlich war der Kanal beendet und die Stauschleuse von Krummesse in Betrieb genommen. Um die "L i n e n t r e c k e r" (später fälschlich in "Linienzieher" verhochdeutsch) anzusiedeln zu können, die oft im Wasser schreitend, die Schiffe durch das bei geöffnetem Tor herausstrudelnde Wasser zu ziehen hatten, wurden die ostseitig belegenen Hufen im Dorf Krummesse, die mit dem Hof zusammen erworben waren, aufgekündigt und

in kleine Besitze aufgeteilt. Der einheitliche lübeckische Besitz links vom Tal gestaltete sich nach und nach zu einem großen Eigenbetrieb; er war nacheinander in Händen der Darsows (die später auch den Kriepinschen Anteil erwarben) der Wickedes (etwa um 1500), der Höveln, Stiten und der Brömb-ees. In alten Urkunden finden sich dementsprechend an der Stelle des Namens Krummesse meist die Bezeichnungen Stitenhof, Brömb-senhof usw.

Doch dieser Streit sollte nicht der einzige und schlimmste Streit gewesen sein. Ich will daher jetzt über den Kampf um die Oberhoheit berichten.

Während das Mittelalter von 1200 bis 1400 ein ständiges Vordringen der städtischen Macht gegen Adel und sinkende Fürstengewalt erlebt, so kehrt sich mit der beginnenden Neuzeit das Verhältnis um. (Soldheere der Fürsten, Entwicklung zum Absolutismus - Niedergang der Hanse!) Und so erfährt auch die unfertig gebliebene Krummesser Grenze nach fast zweihundertjähriger Pause den Angriff von der Gegenseite.

Es war nur ein kleines Vorspiel, als 1556 der Livländer Konrad von Uxel, angeblich durch Franz von Stiten schwer beleidigt, mit einer großen Reiterchar Hof und Mühle von Krummesse belagerte; er erzwang sogar von der Stadt ein sogenanntes Sühnegeld von 5000 Talern; sehr viel Geld für die damalige Zeit.

1583 begann dann der Angriff durch den lauenburgischen Herzog Franz II.; dieser ließ damals einen Zoltschlagbaum in Krummesse errichten, den Lübeck aber bald in Selbsthilfe niederriß.

Vergeltungsmaßnahmen führten daraufhin zu einem förmlichen Krieg um Rotenhusen. Derselbe Fürst rollte dann die Frage der landesherrlichen Oberhoheit auf.

Doch darüber mehr in Nr. 11  
- Kurt Lukaszuk -

IMPRESSUM Herausgeber: SPD Ortsverein Krummesse, Verantwortlich: Kurt Lukaszuk, 2401 Krummesse, Redakt.: H.-J. Rieckhof, 2401 Krummesse, Am Ring 44

## Krummesse



# Links vom Kanal

Nr. 10 EINWOHNERINFORMATION FÜR KRUMMESSE 4/84

## Auf ein Wort...



erholtsame Stunden.  
SPD - Ortsverein Krummesse  
Kurt Lukaszczuk



## Aufgespießt

Droht uns jetzt ein zweites  
"SEVESO"?

Die Sondermülldeponie ganz in unserer Nachbarschaft-Groß Wasden ist geschaffen; sie läßt sich auch nicht mehr wegdiskutieren. Wir leben schließlich in einem Zeitalter, in dem Berge von Müll anfallen. Es scheint fast so, als sei ein Wohlstand nur erreichbar und aufrechtzuerhalten, wenn zugleich Unmengen wertvoller Rohstoffe für recht kurzfristige Gebrauchsgüter (Verpackung usw.) produziert und anschließend in den Müll wandern.

Und dieser Müll muß nun irgendwo hin, folglich mußten hierfür Deponien geschaffen werden. Neben diesem doch wohl als harmlos zu bezeichnenden Müll fallen in unserer modernen Gesellschaft aber auch Abfälle an, deren Gefährlichkeit kaum zu überbieten ist, u. a. auch das von Seveso bekannte Ultragift  
D I O X I N 2,3,7,8 - T C D D

Diese hochgiftige Substanz fällt bei den Müllverbrennungsanlagen an und kann in den Rückständen, nämlich der Flugasche, enthalten sein.

Und solche dioxinverseuchte Flugasche wurde und wird weiterhin in der Sondermülldeponie in Groß Weeden gelagert!

Politische Gremien - Gemeindevertretung, Amtsausschuß und der lauenburgische Kreistag haben sich erst in jüngster Zeit, wie auch schon vor Errichtung dieser Sondermülldeponie, mit möglichen Problemen und Gefahren befaßt. Sie wurden in ihrem Bemühen von Einzelpersonen und Interessengruppen unterstützt. Die Deponie konnte man jedoch nicht verhindern. Es fragt sich nun, ob verhindert werden kann, ein zweites "SEVESO" aus Groß Weeden werden zu lassen.

Nach dem rechtsverbindlichen Planfeststellungsbeschuß war zu keinerzeit die Rede davon, daß in Groß Weeden dioxinhaltige Stoffe abgelagert werden. Aber Widersprüchlichkeiten scheinen wohl zwischen der Betriebsgesellschaft und Kiel nichts Ungewöhnliches zu sein.

So hat der Betreiber der Sondermülldeponie gegenüber dem Kreis die Erklärung abgegeben, daß gerade Groß Weeden auch für die Einlagerung dioxinhaltiger Flugasche dienen soll, der Leiter der Umweltschutzabteilung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erklärt, daß dioxinhaltige Stoffe nicht eingelagert werden dürfen.

Der Bürger fragt sich hier nun zu recht, was soll er von diesen widersprüchlichen Aussagen halten? Wird hier offene Volkerverdummung betrieben?

Wenn der Landesregierung vorgelegen ist, mögliche gesundheitliche Schäden von der Bevölkerung abzuwenden, täte sie gut daran, einen sofortigen Anlieferungsstopp für dioxinverdächtige Stoffe anzuordnen, bis der Nachweis erbracht ist, daß diese Einlagerung in Groß Weeden im Rahmen der erteilten Genehmigung unbedenklich ist und zu keiner Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt führen kann.

Für einen sofortigen Einlieferungsstopp hat sich der Amtsausschuß in Berkenthin in seiner letzten Sitzung am 12.3. 1984 einstimmig ausgesprochen.

Gleiches hätte man auch vom lauenburgischen Kreistag erwarten können. Stattdessen beschloß die CDU-Mehrheit im Kreistag u.a. "Dioxinhaltige Flugasche ist nicht einzubauen, sondern separat in einem dafür vorzusehenden Polder rückholbar zu lagern, um sie gegebenenfalls neutralisieren zu können."

Ein Anlieferungsstopp ohne Wenn und Aber wie es SPD und Grüne forderten, wäre hier wohl richtiger gewesen, denn letztlich geht es hier um die Verwirklichung elementarer Grundrechte aller Bürger, nämlich auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

- Kurt Lukaszuk -



## Die SPD-Fraktion berichtet

Wir haben an dieser Stelle zuletzt berichtet über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 8.12.1983. Was gibt es nun aus den Sitzungen vom 9.2. und 8.3. 1984 Wissenswertes zu berichten?

Am 9.2.1984 wurde der Haushalt 1984 der Gemeinde beraten. Er beläuft sich im Verwaltungshaushalt auf DM 1.449.300,- und im Vermögenshaushalt auf DM 702.400,-. Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B (A = Land- und Forstwirtschaft, B = sonstige Grundstücke, je 225 v. H.) sowie für die Gewerbesteuer (300 v.H.) sind unverändert geblieben, obwohl eigentlich nach den Vorgaben von Land und Kreis die Erhöhungen vorgenommen werden müssen. Die Gemeindevertretung jedoch der Auffassung, daß den Bürgern der Gemeinde neben den erheblichen Kosten für die Abwassermaßnahmen nicht noch zusätzliche Belastungen aufgebürdet werden sollten.

Im Jahr 1983 hat die Gemeinde DM 4.754,21 für Streusalz ausgegeben. Die Schädlichkeit des Streusalzes für die Vegetation ist inzwischen hinreichend nachgewiesen. Verwendet werden soll- abtumpfende Mittel (Sand,

Granulat u.ä.). Die Bürger sind aufgefordert, mit Rücksicht auf unsere sowieso schon stark gefährdete Umwelt, den Streusalzgebrauch zu vermeiden. Für die Gemeinde erging der Beschluß, nur noch an gefährdeten Stellen Salz zu streuen und damit den Streusalzgebrauch drastisch einzuschränken. Geprüft werden soll die Aufstellung von Sandkästen an zentralen Stellen. In der Sitzung am 8.3.1984 wurde die Wiederherstellung der Straßen Lange Reihe, Küsterkoppel, Schulstraße, Raiffeisenstraße und Preußenkoppel in der Form, wie sie den interessierten Bürgern in der Bürgerinformation vom 28.2.1984 vorgestellt wurde, einstimmig beschlossen. Ziel der Maßnahme ist, die Straßen so wiederherzustellen, daß durch bauliche Maßnahmen (Verschwenkungen, wechselnder Fahrbahnbelag) eine weitgehende Verkehrsberuhigung erreicht wird. Damit ist die Gemeindevertretung dankenswerterweise den Vorstellungen der SPD-Fraktion gefolgt, die diese schon für den Bereich Wenzkirchhof - allerdings ohne sich durchsetzen zu können - verfolgt hat. Die SPD geht grundsätzlich davon aus, daß innerdörfliche Straßen so einzurichten sind, daß ein Schutz für die schwächeren Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer) sowie für

unsere Kinder und älteren Mitbürger erreicht wird und gleichzeitig Lärmbelastigungen der Anlieger durch schnellfahrende Autos vermieden werden. Nicht betroffen werden die Autofahrer, die auch bisher schon langsam und rücksichtsvoll gefahren sind. Und das ist sicherlich die Mehrheit!

So dürfen wir uns schon jetzt auf das Bild freuen, daß unsere Gemeinde nach Fertigstellung der Straßen (herbst 1984) bieten wird. Wir sind ganz sicher, daß der weitaus überwiegende Teil der Anwohner - auch wenn jetzt vielleicht noch hier und da Skepsis herrscht - am Ende doch begeistert über das neue "Straßen-erlebnis" sein wird.

Ein "Dankeschön" aber auch dem Planer Burkhard Schmidt, der bei diesen - nach unserer Überzeugung optimalen Entwürfen - eine "glückliche Hand" gezeigt hat.

Zu dem Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Fußgängerüberweges im Kreuzungsbereich Klempauer Str./ Am Ring / Preußenkoppel hat Bürgermeister Plath mitgeteilt, daß die Verkehrsaufsicht des Kreises vor einer Entscheidung die Durchführung einer Verkehrszählung angeordnet hat. Wir werden die Gelegenheit weiter verfolgen und an dieser Stelle berichten.

( H.-J. Rieckhof )

35  
Stunden  
sind  
genug!



„Daran werden wir zugrunde gehen - wie schon so oft!“

Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Wolter